ACHIM LANDWEHR

ABSOLUTISMUS ODER »GUTE POLICEY«?

Anmerkungen zu einem Epochenkonzept

I.

Zu behaupten, das Forschungskonzept des Absolutismus stelle ein gewisses Problem dar, wäre eine Trivialität. Wäre dem nicht so, würde es den vorliegenden Sammelband ebenso wenig geben wie die weitere umfassende Literatur zu diesem Themenkomplex. Zu behaupten, die Auseinandersetzung um den Absolutismus stelle ein zentrales Problem der historischen Forschung dar, wäre jedoch überzogen. Allerdings könnte die seit einiger Zeit recht intensiv geführte Debatte über den Absolutismus¹ auch in weiteren Kreisen auf Interesse stoßen, und zwar dann, wenn sie zu einer generellen Überprüfung etablierter Epochen-einteilungen anregen würde. Die Frage, die inzwischen an den Absolutismus gestellt wird, lautet ja nicht mehr, ob es ihn »gab«, das heißt, ob beispielsweise programmatische Aussagen von fürstlicher Seite im sozialen Alltag ihre Umsetzung erfuhren. Daß dem nicht so war, zumindest nicht in vollem Umfang, ist wohl kaum noch der Debatte wert. Doch obwohl der Absolutismus in dieser Hinsicht schon längst tot ist, feiert er als Epochenbezeichnung, welche die etwa 150 Jahre zwischen Westfälischem Frieden und Französischer Revolution charakterisieren soll, eine Auferstehung nach der anderen.

In eben dieser Hinsicht müßte der Absolutismus intensiver befragt werden, um auszuloten, wie sich die offensichtliche Unzufriedenheit mit dieser Epochenbezeichnung produktiv ein- und umsetzen läßt². Eine kritische Sicht auf den Absolutismus könnte dann auch zu einem Vehikel werden, das über die

¹ Vgl. hierzu vor allem die einschlägigen Beiträge von Nicholas HENSHALL, *The myth of absolutism. Change and continuity in early modern European monarchy*, London, New York 1992; Ronald G. ASCH, Heinz DUCHHARDT (Hg.), *Der Absolutismus – ein Mythos? Strukturwandel monarchischer Herrschaft in West- und Mitteleuropa (ca. 1550–1700)*, Köln, Weimar, Wien 1996; Peter BAUMGART, *Absolutismus ein Mythos? Aufgeklärter Absolutismus ein Widerspruch? Reflexionen zu einem kontroversen Thema gegenwärtiger Frühneuzeitforschung*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 27 (2000), S. 573–589; Heinz DUCHHARDT, *Die Absolutismusdebatte – eine Antipolemik*, in: *Historische Zeitschrift* 275 (2002), S. 323–331. Ferner die Überblicksdarstellungen von Johannes KUNISCH, *Absolutismus. Europäische Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur Krise des Ancien Régime*, Göttingen ²1999; Heinz DUCHHARDT, *Das Zeitalter des Absolutismus*, München ³1998.

² Vgl. hierzu auch DERS., *Absolutismusdebatte*, S. 330.

engeren Grenzen dieser spezialisierten Diskussion hinausreicht, wenn es gelänge, echte Alternativen anzubieten. Diese müßten es einerseits vermeiden, Altbekanntes erneut zu präsentieren (der Barock wäre hier ein beliebter Kandidat), andererseits dürften sie aber nicht einfach auf das Argument verfallen, es sei doch allgemein bekannt, daß es sich bei derartigen epochalen Einteilungen nur um Hilfskonstruktionen handle, die trotz all ihrer Schwächen nun einmal leider nötig seien. Fraglos handelt es sich um Hilfskonstruktionen, die für die Kommunikation über Geschichte notwendig sind, aber wenn sie mit Befunden über und Auffassungen von einem bestimmten Zeitraum nicht mehr in Übereinstimmung gebracht werden können, sollte man sich möglicherweise in grundlegenderer Weise Gedanken über sie machen.

Ich möchte nun vermeiden, den Fehler der altehrwürdigen Absolutismusforschung zu wiederholen und die Formulierung eines bestimmten Programms mit seiner Umsetzung zu verwechseln, weshalb die folgenden Seiten nicht den Versuch darstellen werden, tatsächlich eine solch grundlegende Reformulierung etablierter Epocheneinteilungen zu unternehmen. Allerdings gilt es, ausgehend vom vielfach formulierten Unbehagen am Absolutismusbegriff die Frage aufzuwerfen, worin das Problem³ dieser Epochenbezeichnung besteht (II). Am Beispiel der frühneuzeitlichen »guten Policey« sowie anhand der Quellengruppe der Policeyordnungen läßt sich zeigen, wie wenig tragfähig dieser Epochenbegriff für politische, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge ist (III). Hiervon ausgehend sollen dann erste, zugegebenermaßen noch recht vorläufige Überlegungen angestellt werden, wie sich möglicherweise ein neues Epochenmodell gestalten könnte (IV).

II.

Ernst Hinrichs hat die klassische Konzeption des Absolutismus, wie sie die Geschichtswissenschaft lange beherrschte und im Alltagsverständnis wohl auch heute noch dominiert, treffend auf den Punkt gebracht:

Bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat die europäische Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ein relativ geschlossenes, zwar äußerst nuancenreiches, aber in sich stimmiges Bild von der Entstehung, Entfaltung und dem Ende des Absolutismus gezeichnet. In vielen europäischen Staaten verdichtete sich die im hohen und späten Mittelalter entstandene monarchische Gewalt zu der dominanten, alle übrigen politischen Gewalten und tradi-

³ Daß hier eine Problemlage wahrgenommen wird, ist inzwischen an vielen Beispielen abzulesen, so im ersten Satz von Nicholas Henshalls einflußreichem Buch über den Mythos des Absolutismus (»Clearly we have a problem«, HENSHALL, *Myth*, S. 1) oder im Untertitel von Ernst HINRICHS, *Fürsten und Mächte. Zum Problem des europäischen Absolutismus*, Göttingen 2000.

tionellen Herrschaftsträger überragenden Kraft und bestimmte fortan das Geschick der Staaten derart, daß die absolute Monarchie zu ihrem entscheidenden Signum, die Regierungsform des Absolutismus zum Kennzeichen einer ganzen Epoche wurde. [...] Und da, noch bevor man im 19. Jahrhundert damit begann, die Geschichte des europäischen Absolutismus ernsthaft zu erforschen, feststand, daß die großen nationalen Monarchien des 17., 18. und frühen 19. Jahrhunderts die historischen Vorläufer des modernen Nationalstaats waren, fühlte man sich in völliger Übereinstimmung mit den politischen Bedürfnissen der Zeit, wenn man aus der Geschichte des Absolutismus vor allem jene Strukturelemente heraushob, die diesen Charakter des historischen Vorläufers in besonderem Maße unterstrichen: die Behördenorganisation, die Diplomatie (und mit ihr die Außenpolitik und die Kriegs- und Friedenspolitik), die Finanz- und Steuerpolitik, aber auch die auf eine einheitliche, zentrale Staatsgewalt ausgerichtete politische Philosophie der frühen Neuzeit⁴.

Diesen Ansatz ein weiteres Mal einer Kritik zu unterziehen, erscheint wenig hilfreich, denn er ist durch die historische Forschung bereits seit einigen Jahrzehnten ausreichend hinterfragt worden. Rudolf Vierhaus hat in einem bereits 1966 erschienenen Artikel mit Blick auf dieses klassische Absolutismusbild festgestellt: »Seit dem Ersten, spätestens aber seit dem Zweiten Weltkrieg kann eine solche Sicht des Absolutismus in der Wissenschaft (wenn auch noch nicht im populären Geschichtsverständnis) als überholt angesehen werden«⁵.

Interessant ist und bleibt jedoch, daß trotz solcher Absagen an Kernbestandteile des Absolutismus, wie sie selbst innerhalb der Absolutismusforschung formuliert werden, ein konservatives Beharren an diesem Begriff als epochaler Einheit zu beobachten ist⁶. Hierzu sei nochmals auf Ernst Hinrichs verwiesen, der viele gewichtige Argumente vorbringt, die gegen das traditionelle Konzept des Absolutismus sprechen. Er betont etwa, daß die »absolute Monarchie« nicht mit dem Staat der Moderne in ein historisch kausales Verhältnis gesetzt werden könne, daß der Absolutismus nicht annähernd das theoretisch postulierte Maß an Rationalität der politischen Organisation sowie an Vereinheitlichung des Untertanenverbandes erreicht habe, daß die Fürsten ihren Anspruch, absolut und souverän zu regieren, im Rahmen herrschender politischer und wirtschaftlicher Zwänge selbstredend nicht hätten verwirklichen können und daß schließlich die Mittel nicht vorhanden gewesen seien, um Kontrolle im Innern und Machterweiterung nach außen umzusetzen. Doch trotz all dieser auch empirisch ausreichend belegten Gegenargumente hält Hinrichs daran fest, »daß der Absolutismus die Geschichte zahlreicher europäischer Länder

⁴ Ernst HINRICHS, Zum Stand und zu den Aufgaben gegenwärtiger Absolutismusforschung, in: DERS. (Hg.), Absolutismus, Frankfurt a.M. 1986, S. 7–32, hier S. 7f.

⁵ Rudolf VIERHAUS, Absolutismus (Erstveröffentlichung 1966), in: Ernst HINRICHS (Hg.), Absolutismus, Frankfurt a.M. 1986, S. 35–62, hier S. 36. Vgl. auch KUNISCH, Absolutismus, S. 182–186.

⁶ Ronald G. ASCH, Heinz DUCHHARDT, Die Geburt des »Absolutismus« im 17. Jahrhundert: Epochenwende der europäischen Geschichte oder optische Täuschung?, in: DIES. (Hg.), Der Absolutismus – ein Mythos?, S. 3–24, hier S. 3f.

für mindestens zwei Jahrhunderte ganz wesentlich bestimmt hat»⁷. Wie aber soll etwas, das höchstens als Theorie mit eher geringen praktischen Auswirkungen existierte, ernsthaft zwei Jahrhunderte europäischer Geschichte bestimmt haben? Es drängt sich eher der Eindruck auf, daß hier getreu dem – der Zeit durchaus entsprechenden – Motto verfahren wird: Der Absolutismus ist tot, lang lebe der Absolutismus⁸.

Dabei ist inzwischen vielfach und mit ausreichend Überzeugungskraft dargelegt worden, daß die vermeintlich absolutistischen Herrscher nicht ohne die Mitwirkung und Mitregierung ständischer Organe auf diversen Ebenen auskamen, daß die Justiz nicht in einem umfänglichen Sinn zentralisiert, daß die Verwaltung nicht gestrafft und rationalisiert und daß die rechtliche Zersplitterung nicht überwunden wurde. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß viel eher alte Strukturen und Herrschaftstechniken konsolidiert als neue an deren Stelle gesetzt wurden⁹. Diejenigen Bereiche historischer Wirklichkeit, die mit Fug und Recht den Begriff »Absolutismus« für sich in Anspruch nehmen können, reduzieren sich mithin vornehmlich auf politische Theorie, Verfassungsgeschichte und möglicherweise – obwohl auch hier schon zahlreiche Fragezeichen angebracht wurden – die höfische Gesellschaft. Während seit dem 17. Jahrhundert eine gewisse Konzentration auf die Zentralen einiger Territorialstaaten nicht zu übersehen ist, erscheint es doch als sehr fraglich, ob in umgekehrter Weise auch die Zentrale kontrollierend auf die Peripherie des Herrschaftsbereichs ausgreifen konnte – eine Peripherie, die mitunter schon hinter den Grenzen des eigenen Schlosses beginnen konnte.

Doch eben diese Kontrolle von Land und Leuten ist inhärenter Bestandteil der Theorie des Absolutismus. Ein wichtiges Vehikel soll dabei die frühneuzeitliche Gesetzgebung gespielt haben, die einen entscheidenden »modernisierenden« Faktor bei der Entstehung einer neuen Qualität von Staatlichkeit dargestellt haben soll. Herrschaftliche Machtausübung soll sich durch die frühneuzeitliche Gesetz-

⁷ HINRICHS, Absolutismusforschung, S. 11–16, hier S. 16. Vgl. auch KUNISCH, Absolutismus, S. 179–190. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß Hinrichs inzwischen seine Position nicht unwesentlich modifiziert hat. In seiner jüngsten Darstellung unterstreicht er die Kritik am Absolutismus als Epochenphänomen und kommt zu dem Schluß: »Absolutismus [...] ist keinesfalls das überragende Kennzeichen der Epoche, sondern eine Tendenz unter vielen anderen« (HINRICHS, Fürsten, S. 241). Und wenige Jahre zuvor hat er der Epochenbezeichnung ein unmißverständliches »ruhe sanft, Absolutismus« hinterhergerufen (Ernst HINRICHS, Abschied vom Absolutismus? Eine Antwort auf Nicholas Henshall, in: ASCH, DUCHHARDT [Hg.], Der Absolutismus, S. 353–371, hier S. 371).

⁸ Noch deutlicher drängt sich dies bei Peter Baumgart auf (BAUMGART, Absolutismus, S. 582–584), dessen Kritik an der Kategorie Absolutismus noch eindeutiger ausfällt, der aber trotz allem daran »als Leitbegriff und Tendenz einer Geschichtsepoche« (S. 583) festhalten will. Vgl. zur Kritik an Baumgarts Beitrag DUCHHARDT, Absolutismusdebatte.

⁹ HENSHALL, Myth; Heinz DUCHHARDT, Absolutismus – Abschied von einem Epochenbegriff?, in: Historische Zeitschrift 258 (1994), S. 113–122.

gebung erheblich intensiviert haben¹⁰. Nicht zuletzt beruht die These von der frühneuzeitlichen Sozialdisziplinierung in erheblichem Maße auf der Neuartigkeit und Durchsetzungsfähigkeit obrigkeitlicher Normen, auf dem zeitgenössischen Ideal der »guten Policy« sowie auf den entsprechenden Policyordnungen¹¹. Zunächst einmal unabhängig davon, ob man dieser Einschätzung folgen will, werden diese drei Aspekte – Absolutismus, Sozialdisziplinierung, Policy – nicht selten in einem Atemzug genannt. Bevor zu diskutieren ist, ob die »gute Policy« und die unter diesem Oberbegriff versammelten Verordnungen tatsächlich zu einer Disziplinierung frühneuzeitlicher Gesellschaften beigetragen haben und damit absolutistische Ansprüche stützten, gilt es in der gebotenen Kürze zu klären, welche Inhalte sich mit dem Stichwort der frühneuzeitlichen Policy verbinden.

III.

Unter »guter Policy« wurde einerseits die möglichst perfekte Einrichtung eines Gemeinwesens in seiner Gesamtheit begriffen, vor allem soweit es Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Religion und Moral betraf. Daher ist die Verknüpfung des Wortes »Policy«, das sich vom griechischen *politeia* ableitet, mit dem Adjektiv »gut« auch keineswegs unerheblich, denn die Vorstellung von frühneuzeitlicher Policy verband sich immer mit bestimmten Qualitätsmerkmalen und moralischen Werten. Andererseits sind darunter auch die Normen zu verstehen, mit denen man vor allem seit dem 15. Jahrhundert versuchte, eben diesen möglichst perfekten Zustand eines Gemeinwesens herzustellen. Von Bedeutung ist dabei, daß die obrigkeitlich erlassene Norm ein durchaus neues Mittel war, um diesen erwünschten Zustand mehr oder minder gezielt herbeizuführen¹².

Aufgrund der Weite des Anspruchs, der im Rahmen frühneuzeitlicher Policy formuliert wurde, gab es nahezu keinen Lebensbereich, der nicht durch entsprechende Policyverordnungen tangiert wurde¹³. Mit Blick auf diese

¹⁰ Zur Kritik an einer solchen Auffassung vgl. André HOLENSTEIN, Die Umstände der Normen – die Normen der Umstände. Policyordnungen im kommunikativen Handeln von Verwaltung und lokaler Gesellschaft im Ancien Régime, in: Karl HÄRTER (Hg.), Policy und frühneuzeitliche Gesellschaft, Frankfurt a.M. 2000, S. 1–46.

¹¹ Gerhard OESTREICH, Strukturprobleme des europäischen Absolutismus, in: DERS., Geist und Gestalt des frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1969, S. 179–197; Winfried SCHULZE, Gerhard Oestreichs Begriff »Sozialdisziplinierung in der frühen Neuzeit«, in: Zeitschrift für Historische Forschung 14 (1987), S. 265–302.

¹² Heinz MOHNHAUPT, Potestas legislativa und Gesetzesbegriff im Ancien Régime, in: Ius Commune 4 (1972), S. 188–239.

¹³ Einen beeindruckenden Einblick in die thematische Weite policylicher Regelungen vermitteln Karl HÄRTER, Michael STOLLEIS (Hg.), Repertorium der Policyordnungen der Frühen Neuzeit, Bde. 1–6, Frankfurt a.M. 1996–2005.

Normen und andere obrigkeitliche Befehle wurde für das 17. und 18. Jahrhundert in der Forschung – ob nun historischer oder rechtshistorischer Provenienz – lange Zeit derselbe Fehler begangen, der sich auch hinsichtlich des Absolutismus in seiner Gesamtheit beobachten läßt: Die Formulierung eines Programms wurde in einem Kurzschlußverfahren bereits als deren Realisierung angenommen. Selbstredend erkannte man gewisse Defizite an, aber die grundsätzliche Tendenz, daß nämlich die fraglos quantitativ zunehmenden und den Gehorsam beharrlich einfordernden Policeyordnungen ihren auf Dauer disziplinierenden Effekt erzielten, wurde kaum einmal angezweifelt¹⁴. Allerdings ist es von Interesse, daß eher selten die Probe aufs Exempel gemacht wurde. Zumeist wurden obrigkeitliche Verordnungen als materielle Grundlage herangezogen, um möglicherweise in Kombination mit politiktheoretischen Texten der Zeit zu recht weitgehenden Aussagen über die Konstitution der Gesellschaft zu gelangen. Quellen, die den alltäglichen Umgang mit solchen obrigkeitlichen Befehlen beleuchten können, wurden hingegen selten befragt.

In das gegenteilige Extrem, das nichts anderes darstellt als die Negativfolie dieses ›Durchsetzungsmodells‹, verfiel eine immer wieder bemühte Interpretationslinie, die obrigkeitlichen Befehlen grundsätzlich ihre Wirkmächtigkeit absprach. Auch diese Deutung bezog sich vornehmlich auf obrigkeitliche Verordnungen, vor allem auf deren zu beobachtende Wiederholung, die als Indikator herhalten sollte, um deren Wirkungslosigkeit zu belegen. Gestützt durch vermeintliche oder tatsächliche zeitgenössische Aussprüche, wonach Policeyordnungen nicht den Nagel wert waren, mit dem sie an die Rathaus- oder Kirchentür geschlagen wurden, schien die Angelegenheit eindeutig zu sein: Die Masse an herrschaftlichen Erlassen war nicht Beleg für eine angestrebte und auch mehr oder weniger erfolgreiche Disziplinierung, sondern Ausdruck der Hilflosigkeit, ja Verzweiflung der Obrigkeiten, deren Anweisungen nicht befolgt wurden¹⁵.

Ich halte beide Ansätze nicht für sonderlich weiterführend, da sie ihre Argumentation in der Mehrzahl vornehmlich auf normativem Material aufbauen. Und das reicht sicherlich nicht aus, um der Komplexität der Situation zumindest annähernd gerecht zu werden. Beginnen wir mit dem etwas einfacheren Fall, nämlich der Wiederholung von Normen¹⁶. Hier haben wir es mit einer

¹⁴ So beispielsweise Marc RAEFF, *The well-ordered police state. Social and institutional change through law in the Germanies and Russia, 1600–1800*, New Haven, London 1983, S. 167–179.

¹⁵ In diese Richtung tendiert – wenn auch mit Differenzierungen – Jürgen SCHLUMBOHM, *Gesetze, die nicht durchgesetzt werden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 647–663.

¹⁶ Zur Wiederholung von Policeyordnungen vgl. Martin DINGES, *Normsetzung als Praxis? Oder: Warum werden die Normen zur Sachkultur und zum Verhalten so häufig wiederholt und was bedeutet dies für den Prozeß der »Sozialdisziplinierung«?*, in: *Norm und Praxis im Alltag des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, Wien 1997, S. 39–53; Matthias WEBER, *Be-*

kommunikativen Situation zu tun, die für die Frühe Neuzeit gewisse Probleme aufwarf. Denn eine der großen Schwierigkeiten, mit der das Unterfangen zu tun hatte, die Bevölkerung durch obrigkeitlich erlassene Normen zu disziplinieren, bestand in deren Bekanntmachung. Die medialen Möglichkeiten der Publikation und Verbreitung solcher Befehle waren verhältnismäßig begrenzt und bestanden vornehmlich im Aushang und der öffentlichen Verlesung. Angesichts einer allgemein als gering zu veranschlagenden Alphabetisierung kam vor allem der Verlesung, ob sie nun vom Rathaus oder von der Kirchenkanzle vonstatten ging, ein recht hoher Stellenwert zu. Hier stellte sich aber ein weiteres, kaum zu unterschätzendes und auch zeitgenössisch bereits thematisiertes Problem: Wie ließ sich garantieren, daß beispielsweise nach einem Gottesdienst die Aufmerksamkeit der Zuhörerschaft noch hoch genug war, um einer längeren Verlesung von Policyordnungen mit der nötigen Aufmerksamkeit zu folgen? Wenn die Anweisungen nicht weniger Policyordnungen, diese im vollen Wortlaut vorzulesen, tatsächlich befolgt wurden, dann konnte selbst vom besten Gedächtnis kaum verlangt werden, sich den Inhalt mehrseitiger, mündlich vorgetragener Verordnungen zu merken¹⁷. Auch andere Faktoren standen der ungeteilten Aufmerksamkeit entgegen, die eine Verlesung herrschaftlicher Normen verlangte: Die Zuhörenden waren bei der Bekanntmachung unkonzentriert, sie verließen Kirche oder Rathausplatz frühzeitig oder waren erst gar nicht erschienen, die Vorlesenden verstanden zum Teil selbst nicht, was sie vorlasen, geschweige denn, daß die Umstehenden es begriffen, Anschläge wurden abgerissen, Amtleute kamen dem Befehl zur Publikation erst gar nicht nach, oder die Verlesung in Kirchen wurde eingeschränkt, weil sie die Kirchgänger verwirrte und das in der Predigt Gehörte verdrängte¹⁸.

Eine mögliche Lösung, um diese Unwägbarkeiten zu umschiffen, hieß: Wiederholung. Die Repetition von Policyordnungen ist demnach *per se* kein Beleg für das Scheitern absolutistischer Ansprüche (so denn solche damit verbunden gewesen sein sollten), sondern kann geradezu im Gegenteil als der Versuch gewertet werden, obrigkeitlichen Befehlen größeren Nachdruck zu verleihen.

reitwillig gelebte Sozialdisziplinierung? Das funktionale System der Polizeiordnungen im 16. und 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte – Germanist. Abt. 115 (1998), S. 420–440, hier S. 435; Achim LANDWEHR, Norm, Normalität, Anomale. Zur Konstitution von Mehrheit und Minderheit in württembergischen Policyordnungen der Frühen Neuzeit: Juden, Zigeuner, Bettler, Vaganten, in: Mark HÄBERLEIN, Martin ZÜRN (Hg.), Minderheiten, Obrigkeit und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit. Integrations- und Abgrenzungsprozesse im süddeutschen Raum, St. Katharinen 2001, S. 41–74, hier S. 55f.

¹⁷ Achim LANDWEHR, Die Rhetorik der »guten Policy«, in: Zeitschrift für Historische Forschung 30 (2003), S. 251–287.

¹⁸ Lothar SCHILLING, Policy und Druckmedien im 18. Jahrhundert. Das Intelligenzblatt als Medium policylicher Kommunikation, in: Karl HÄRTER (Hg.), Policy und frühneuzeitliche Gesellschaft, Frankfurt a.M. 2000, S. 413–452; August Ludwig REYSCHER (Hg.), Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, 19 Bde., Stuttgart, Tübingen 1828–1851, hier Bd. 8, S. 540f; Bd. 14, S. 8.

Die Wiederholung stellte in medialer Hinsicht die einzige Möglichkeit dar, um einer Norm durch Einübung mehr Akzeptanz und Relevanz zu verschaffen. Selbstredend wurden entsprechende Erlasse auch wiederholt, weil ihre Befehle nicht befolgt wurden, aber die Wiederholung muß darüber hinaus auch in einem durchaus konstruktiven Sinn verstanden werden, da allein auf diesem Weg Normen eine gewisse Präsenz und Dauerhaftigkeit verliehen werden konnte. Insofern nehmen Policeyordnungen – und andere frühneuzeitliche Medien, mit denen in ähnlicher Weise verfahren wurde – eine Erkenntnis vorweg, die für das Zeitalter der Massenmedien immer noch gilt, daß nämlich Redundanz im Medium keineswegs ein Indiz für Veraltung oder Ineffektivität ist, sondern bestimmte medial vermittelte Inhalte dadurch überhaupt erst als relevant eingestuft werden können¹⁹.

Dies vorausgesetzt, läßt sich das für den Absolutismus wesentlich wichtigere Problem angehen, wie Policeyordnungen nach einer solchen, nicht selten wiederholten Publikation in die Gesellschaft einwirken konnten. Mit anderen Worten: Gelang auf diesem Weg eine Zentralisierung der monarchisch-staatlichen Gewalt und eine Disziplinierung der Untertanen im absolutistischen Sinn oder war dieses Unterfangen von vornherein zum Scheitern verurteilt? Nach meinen bisher kritischen Anmerkungen zu Konzept und Begriff des Absolutismus wird es nicht überraschen, wenn ich in Übereinstimmung mit jüngeren Forschungen zur Implementation frühneuzeitlicher Normen²⁰ nicht davon ausgehe, daß die Untertanenschaft im Sinne der Formulierungen entsprechender politischer Programme obrigkeitlich diszipliniert wurde. Möglicherweise wird es aber überraschen, daß ich auch nicht davon ausgehe, daß sie überhaupt keine Wirkung gehabt haben. Vielmehr sehe ich ein etwas komplexeres Wechselspiel am Werk, das sich auf dem Weg einer historischen Implementationsforschung greifen läßt. Hierbei ist es zunächst wichtig, die Frage zu variieren, die im Kontext der sozialen Wirksamkeit frühneuzeitlicher Normen gestellt wird. Um diese Frage ergebnisoffen zu halten, ist es meines Erachtens wenig hilfreich, nach dem Erfolg oder Mißerfolg herrschaftlicher Normen zu fragen und dies allein an der Einhaltung oder Nichteinhaltung ihrer Anweisungen zu messen.

Verknüpft man den positiven Befund für ein Vorhandensein des Absolutismus unter anderem mit der weitgehenden »Durchsetzung« obrigkeitlicher Normen, dann stellt sich – bevor man empirische Ergebnisse zu Rate ziehen kann – die Frage nach dem Begriff der »Durchsetzung«. Etwas durchzusetzen bedeutet bekanntermaßen, ungeachtet aller Hindernisse sein Recht geltend zu

¹⁹ Niklas LUHMANN, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen ²1996, S. 41–44.

²⁰ André HOLENSTEIN, »Gute Policy« und lokale Gesellschaft im Staat des Ancien Régime. Das Fallbeispiel der Markgrafschaft Baden(-Durlach), 2 Bde., Epfendorf 2003; Achim LANDWEHR, *Policy im Alltag. Die Implementation frühneuzeitlicher Policeyordnungen in Leonberg*, Frankfurt a.M. 2000.

machen und zu erreichen, was man will²¹. Nimmt man dies tatsächlich als Maßstab für den Erfolg von Normen, dann lassen sich wohl weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart Normen finden, die tatsächlich jemals »durchgesetzt« wurden. Um also weniger auf die Wirksamkeit von Normen abzielen, die sich an ihrer Beachtung oder Mißachtung bemessen ließe, wäre es hilfreicher, den vielfachen Wirkungen nachzugehen, die sie im gesellschaftlichen Zusammenhang entfalten konnten. Damit würde aus dem unilateralen Verhältnis zwischen Normgebern und Normempfängern, bei dem die eine Seite aktive Befehle ausgab, während die andere Seite diese Befehle nur passiv entgegen nahm, ein multilateraler Vorgang zwischen einer Vielzahl von Akteuren. Daher wäre es auch angemessener, nicht von der Durchsetzung, sondern von der Einsetzung oder Implementation von Normen in bestimmte gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Verhältnisse zu sprechen. Dadurch ließe sich deutlich machen, daß eine bestimmte Norm zu einem Bestandteil des sozialen Lebens neben anderen wurde, ohne schon eine Gewichtung vorzunehmen, wie groß dieser Anteil tatsächlich war. Die Relevanz zu eruieren, welche die Norm in diesem gesellschaftlichen Kontext gewann, wäre dann Gegenstand empirischer Untersuchungen im Rahmen der historischen Implementationsforschung²².

In einer Kombination aus eher theoretischen Vorüberlegungen und empirischen Untersuchungen führte dieser Ansatz unter anderem zu einem Modell frühneuzeitlicher Herrschaft, das auf etablierte binäre Entgegensetzungen verzichtet, um statt dessen auf ein zirkuläres Modell zu setzen. Die Gegenüberstellung von Herrschenden, die Befehle erteilen, und Beherrschten, die Befehle empfangen, erweist sich als unterkomplex, um historischen Verhältnissen gerecht zu werden²³. Daß Normen, die vom Adressatenkreis nicht akzeptiert wurden, auch kaum eine Chance auf Realisierung hatten, bedarf kaum der weiteren Begründung. Darüber hinaus waren Menschen in allen gesellschaftlichen Schichten und in unterschiedlichen Ämtern permanent damit beschäftigt, aus obrigkeitlichen Normen soziale Wirklichkeit werden zu lassen. Vom Mitglied des Hofrates über den lokalen Amtmann bis zum Nachtwächter war eine

²¹ Jacob GRIMM, Wilhelm GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 2, Leipzig 1860 (Reprint München 1984), Sp. 1683.

²² Achim LANDWEHR, »Normdurchsetzung« in der Frühen Neuzeit? Kritik eines Begriffs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 146–162; Michael STOLLEIS, Was bedeutet »Normdurchsetzung« bei Policeyordnungen der Frühen Neuzeit?, in: Richard H. HELMHOLZ u.a. (Hg.), Grundlagen des Rechts. Festschrift für Peter Landau zum 65. Geburtstag, Paderborn u.a. 2000, S. 739–757; Lothar SCHILLING, Les effets des lois de police et l'évolution de la gouvernamentalité pendant la première modernité, in: Frédéric AUDREN u.a. (Hg.), Les Sciences camérales. Activités pratiques et histoire des dispositifs publics, Amiens 2007.

²³ Vgl. hierzu vor allem Alf LÜDTKE, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: DERS. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63.

Unzahl von Personen in frühneuzeitlichen Territorialstaaten damit betraut, die Einhaltung entsprechender Befehle zu überwachen. Dies bedeutet aber auch, daß allein schon auf dieser Ebene eine einfache Gegenüberstellung von Befehlenden und Befehlsempfängern kaum greifen kann²⁴. Darüber hinaus wirkten die Adressaten von Normen ihrerseits auf den Normgebungsprozeß ein, indem sie vor allem mittels Eingaben und Supplikationen auf Mißstände oder auch Regelungslücken hinwiesen und auf diese Art und Weise initiativ wurden²⁵. Schließlich können die normativen Vorgaben, wie sie sich in den Policeyordnungen konkretisierten, schon deswegen nicht als einseitig obrigkeitliches Projekt angesehen werden, weil auch die Untertanen nach solchen Normen verlangten und weil das Idealbild der »guten Policey«, also die Vorstellung von der möglichst perfekten Einrichtung des Gemeinwesens in all seinen Belangen, auch von ihnen geteilt und befürwortet wurde. Obrigkeitliche Anordnungen, die mögliche Unordnung und das drohende Chaos zu verhindern, waren nicht *per se* strittig, sondern wurden geradezu eingefordert. Erst die einzelne Norm mit ihren spezifischen Anweisungen, die möglicherweise nicht den jeweiligen Vorstellungen entsprach oder anderen, sozialen Normen zuwider lief, konnte zum Problem werden. Ansonsten wäre es jedoch gänzlich falsch, das Bild eines rücksichtslos Gehorsam einfordernden absolutistischen Monarchen zu zeichnen, dessen Befehlen sich erbitterter Widerstand unterdrückter Untertanen entgegenstellte. Solche Imaginationen sollten besser dem Hollywood-Kino überlassen werden. »Gute Policey« muß viel eher als Gemeinschaftsprojekt verstanden werden, an dem Herrscher ebenso wie Beherrschte beteiligt waren.

All diese Abwägungen und Differenzierungen sollten nun nicht dazu führen, die Bedeutung des Herrschaftsinstruments »Policeyordnung« in ungehörlicher Weise zu minimieren. Denn daß die obrigkeitlich erlassene Norm, diese verhältnismäßig neue, auf breiter Basis erst seit dem 15. Jahrhundert nachweisbare Form der Herrschaftsartikulation zu einem wichtigen Bestandteil im sozialen Mit- und Gegeneinander wurde, daran kann kein Zweifel bestehen²⁶. Die bei näherer Betrachtung keineswegs selbstverständliche Tatsa-

²⁴ Achim LANDWEHR, Zwischen allen Stühlen. Lokale Amtsträger im frühneuzeitlichen Leonberg, in: André HOLENSTEIN u.a. (Hg.), Policey in lokalen Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2002, S. 95–109.

²⁵ Zu Supplikationen in der Frühen Neuzeit Cecilia NUBOLA, Andreas WÜRLER (Hg.), Suppliche e »gravamina«. Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV–XVIII), Bologna 2002; Cecilia NUBOLA, Andreas WÜRLER (Hg.), Forme della comunicazione politica in Europa nei secoli XV–XVIII. Suppliche, gravamina, lettere. Formen der politischen Kommunikation in Europa vom 15. bis 18. Jahrhundert. Bitten, Beschwerden, Briefe, Bologna, Berlin 2004.

²⁶ Vgl. hierzu in europäischer Perspektive Michael STOLLEIS unter Mitarbeit von Karl HARTER und Lothar SCHILLING (Hg.), Policey im Europa der Frühen Neuzeit, Frankfurt a.M. 1996.

che, daß die von Obrigkeiten massenhaft verschriftlichten und auf Papier gedruckten Verordnungen tatsächlich ernst genommen wurden, lohnt festgehalten zu werden.

Es bleibt jedoch die Frage, wie man sich kurz- und längerfristig die Wirkungen vorzustellen hat – wenn man die Frage nach der Wirksamkeit schon verabschieden muß –, die von Policyordnungen ausgingen. Hierauf müssen mindestens zwei Antworten gegeben werden. Die erste lautet, daß es sich für einzelne Verordnungen in generalisierender Weise schlicht nicht konkret bestimmen läßt, sondern der Untersuchung des jeweiligen Einzelfalls überlassen bleiben muß. Denn hier finden sich sämtliche vorstellbare Formen an Umgangsweisen, wobei die Palette von problemloser Umsetzung sowie Interessenkonvergenz zwischen Normgebern und Normempfängern bis zu gänzlicher Mißachtung reicht. Dazwischen entfaltet sich eine große Variationsbreite an Möglichkeiten, welche die Implementation von Normen in bestimmte Kontexte nach sich ziehen konnte.

Für die zweite Antwort nach den längerfristigen Konsequenzen scheint mir Anthony Giddens' Begriff der Strukturierung ein guter Ansatz, um hier zu einer angemessenen Einschätzung zu gelangen²⁷. Damit ließe sich berücksichtigen, daß das Handeln von Akteuren zwar durchaus von Normen vielerlei Art strukturiert ist, daß diese Strukturen aber nur deshalb Wirkung entfalten können, weil sie durch die Handlungen der Vielzahl von Akteuren reproduziert und variiert werden. Man müßte also weder auf eine absolutistische Sozialdisziplinierung zurückgreifen noch untätigen Widerstand als Normalfall voraussetzen, um zu einer angemessenen Einschätzung der Verhältnisse zu gelangen, sondern könnte beide Aspekte – mitsamt der breiten Grauzone, die zwischen ihnen liegt – miteinander verknüpfen.

Das Ergebnis wäre keineswegs dergestalt, daß obrigkeitlichen Erlassen tatsächlich der disziplinierende und im strengen Sinn reglementierende Charakter zukam, den sie sich selbst zumaßen. Auf der anderen Seite dürften sie auch nicht dahingehend mißverstanden werden, daß sie wirkungslos wie Seifenblasen im sozialen Alltag zerplatzten. Viel eher dürften sie langfristig von Bedeutung geworden sein, weil sie auf Dauer normative Strukturen etablierten, die man bildhaft als Korridore bezeichnen könnte. Die erfolgreiche Etablierung dieser normativen Korridore bedeutete, daß andere Formen sozialer Kommunikation allmählich ausgeschaltet wurden. Wollte man auf rechtlich verbindliche Weise miteinander in Beziehung treten, mußte man sich auf das Konzept der »guten Policy« sowie auf die damit in Zusammenhang stehenden Verord-

²⁷ Anthony GIDDENS, *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt a.M., New York 1988; Thomas WELSKOPP, *Der Mensch und die Verhältnisse. »Handeln« und »Struktur« bei Max Weber und Anthony Giddens*, in: Thomas MERGEL, DERS. (Hg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie-Debatte*, München 1997, S. 39–70.

nungen einlassen. Indem diese normativen Korridore angelegt wurden, entstanden jedoch zugleich für die Normempfänger gänzlich neue Handlungsoptionen, die zuvor nicht existiert hatten, zum Beispiel indem Normen eingesetzt werden konnten, um damit andere, der Intention des Normgebers durchaus zuwiderlaufende Zwecke zu verfolgen²⁸. Daß mittels frühneuzeitlicher obrigkeitlicher Gesetzgebung also erfolgreich eine Normenstruktur über die Gesellschaft gelegt werden konnte, ist wohl kaum zu bezweifeln – wie sich jedoch die Untertanen in diesen normativ angelegten Korridoren bewegten, ließ sich seitens der Obrigkeit nur höchst ungenügend kontrollieren.

Könnte man vor diesem Hintergrund die »gute Policey«, dieses umfassende und am Gemeinwohl orientierte Ordnungskonzept, anstelle von Absolutismus oder Sozialdisziplinierung als Epochenkonzept deuten²⁹? Waren möglicherweise die geradezu sintflutartigen Massen an erlassenen Policeyordnungen, deren Quantität gerade in der Zeit nach dem Westfälischen Frieden nachweislich nochmals signifikant anstieg, das Signum der Epoche, zumindest wenn man die komplexen und keineswegs einseitig von oben nach unten ausgerichteten Wirkungen berücksichtigt, die sie in den frühneuzeitlichen Gesellschaften entfalteten? Kann eine solche Überlegung nicht gerade deswegen Überzeugungskraft entwickeln, weil es sich dabei nicht um ein einseitig obrigkeitliches Projekt handelte, sondern auch seitens der Untertanen nach »guter Policey« verlangt wurde? Absolutismus in diesem Sinne durch »gute Policey« abzulösen, halte ich offen gestanden für nicht sehr tragfähig. Eine solche Interpretationsrichtung wäre möglicherweise nicht ganz ungefährlich, da sie einmal mehr rechtlich-politische Aspekte als entscheidend in den Vordergrund stellen würde. Daß die »gute Policey« sowie die damit in Zusammenhang stehenden Verordnungen für die Frühe Neuzeit in vielerlei Hinsicht von Bedeutung sind, ist unbestritten. Um jedoch als Epochencharakterisierung erhalten zu können, müßte sich die Kategorie der Policey auch über ihren eigenen engeren Bereich hinaus als tragfähig erweisen. Doch hierzu scheint mir der Begriff des nötigen Abstraktionsgrades zu entbehren. Abgesehen davon erscheint es jedoch durchaus denkbar, daß die Policeyordnungen erste wichtige Hinweise für eine mögliche Neucharakterisierung dieser Epoche liefern können. Auf ihrer Basis lassen sich möglicherweise Kriterien generieren, die auch auf an-

²⁸ Martin DINGES, Justiznutzungen als soziale Kontrolle in der Frühen Neuzeit, in: Andreas BLAUERT, Gerd SCHWERHOFF (Hg.), Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne, Konstanz 2000, S. 503–544.

²⁹ Peter BLICKLE, Gute Polizei oder Sozialdisziplinierung, in: Theo STAMMEN, Heinrich OBERREUTHER, Paul MIKAT (Hg.), Politik – Bildung – Religion. Hans Maier zum 65. Geburtstag, Paderborn 1996, S. 97–107; DERS., Einführung. Mit den Gemeinden Staat machen, in: DERS. (Hg.), Gemeinde und Staat im Alten Europa, München 1998, S. 1–20; DERS., Vorwort, in: DERS., Peter KISSLING, Heinrich R. SCHMIDT (Hg.), Gute Policey als Politik im 16. Jahrhundert. Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, Frankfurt a.M. 2003, S. VII.

dere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens des 17. und 18. Jahrhunderts anwendbar wären.

IV.

Kehren wir daher nochmals zu Absolutismus und »guter Policey« zurück und versuchen, dabei eine andere Perspektive zu gewinnen. Unabhängig davon, ob man ihm folgen will oder nicht, ist der Absolutismus als Forschungskonzept die Antwort auf eine bestimmte Frage. Es darf nicht vergessen werden, daß diese Frage nicht von den Zeitgenossen des Absolutismus gestellt wurde, sondern erst von der Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts. Die Frage, die das 19. Jahrhundert an die beiden vorangegangenen Jahrhunderte stellte, zielte auf die Entwicklung der Staatlichkeit, die sich in der eigenen Gegenwart zum Nationalstaat neuzeitlicher Prägung festigte. Und kaum suchten Historiker, Philosophen und andere interessierte Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts nach den Wurzeln dieser Entwicklung, fanden und erfanden sie den Absolutismus als moralisch vielleicht nicht ganz einwandfreies, aber historisch notwendiges Durchgangsstadium zum eigenen Hier und Jetzt, das explizit oder implizit als Höhe- und Endpunkt historischer Entwicklung konzeptualisiert wurde.

Mit diesem Umstand korrespondiert auch die Tatsache, daß sich entgegen landläufiger Meinung der historische Begriff »Absolutismus« nur höchst mittelbar aus der Rezeption der antiken Parömie *princeps legibus solutus* ableitet³⁰. Tatsächlich kam der Begriff bekanntlich vergleichsweise spät auf. Gebraucht wurde er vereinzelt bereits zur Zeit der Französischen Revolution, fand als Neologismus aber eine weitere Verbreitung erst seit den 1820er Jahren. Von da an läßt sich eine sprunghaft ansteigende Verwendung in der politischen Publizistik beobachten. Um 1830 ist der Terminus »Absolutismus« bereits als gemeineuropäisches, zumeist pejoratives Schlagwort etabliert. Für die Historisierung des Absolutismusbegriffs spielt jedoch noch eine philosophische Traditionslinie eine wichtige Rolle. Sie geht zurück auf den Idealismus und seine Frage, wie das »Absolute« in der Geschichte erscheint und wie die einzelnen Epochen unter dem Aspekt des Fortschritts in der Geschichte zu beschreiben sind. In diesen Diskussionen fanden auch das Adjektiv »absolut« sowie die Substantive »das Absolute« beziehungsweise »Absolutismus« Verbreitung.

³⁰ Die folgenden Ausführungen zur Wissenschaftsgeschichte von Absolutismus nach Reinhard BLÄNKNER, »Der Absolutismus war ein Glück, der doch nicht zu den Absolutisten gehört«. Eduard Gans und die hegelianischen Ursprünge der Absolutismusforschung in Deutschland, in: Historische Zeitschrift 256 (1993), S. 31–66.

Diese beiden Traditionslinien – die politische und die philosophische – wurden in den 1820er Jahren zusammengeführt, woraus vor allem in Deutschland eine Konjunktur der Rede vom »Absoluten« und vom »Absolutismus« entstand. Die geschichtsphilosophische, vornehmlich hegelianische Wurzel der Historisierung des Begriffs »Absolutismus« zu betonen, ist dabei keineswegs übertrieben. Hegel hatte hierfür selbst mit seiner Bestimmung des Staates als dem in der Geschichte erscheinenden objektivierten Absoluten den Grundstein gelegt. Durch die Abgrenzung von der Vertragslehre des aufgeklärten Naturrechts und die Erhebung des Staates zur Leitkategorie seiner Rechtsphilosophie schuf Hegel die Voraussetzung für eine gänzlich neue Behandlung der Geschichte des Staates, die nun als ein »Werden des Staates« und als »Staatsbildung« begriffen werden konnte. Allerdings wurden von Hegel nur die entsprechenden Grundlagen gelegt; vollzogen wurde die Historisierung des absoluten Geistes und damit die Formulierung eines historischen Konzepts des Absolutismus als staatsbildender Epochenerscheinung erst im Hegelianismus. Von besonderer Bedeutung waren hierbei die Arbeiten von Eduard Gans. Für Gans war der Staat nicht nur eine philosophische, sondern ebenso eine historische Größe. Er unterschied fünf historische Staatsformen: den orientalischen Staat, den Staat des Altertums, den Staat des Mittelalters, den Staat des Ancien Régime und den Staat seiner eigenen Gegenwart. Eigentlich staatlichen Charakter billigte er dabei nur zwei Formen zu, nämlich dem Staat des Altertums sowie dem repräsentativen Staat, der aus demjenigen des 17. Jahrhunderts hervorgegangen war. Vor allem letzterem hat Gans sich wiederholt zugewandt und dabei die argumentative Grundlage für die typische Deutung der neueren Geschichte durch die Absolutismusforschung gelegt, zum Beispiel indem er die Monarchie Ludwigs XIV. als theoretisches und praktisches Muster des Absolutismus annahm. Dabei breitete Gans bereits die gesamte Palette der bis heute nachwirkenden Argumente der Absolutismusforschung aus: vom stehenden Heer und der Verwaltung bis zur Polizei und den Finanzen als wichtigen Regierungsmitteln. In seiner spezifischen historischen Dialektik wurde dabei für Gans der Absolutismus zu einer notwendigen Übergangsstufe zwischen dem staatenlosen Mittelalter und dem modernen Repräsentativstaat.

Die Frage, die heute an das 17. und 18. Jahrhundert gestellt wird, lautet notwendigerweise anders. Deshalb findet man zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit Blick auf diesen Zeitraum auch Aspekte, welche die Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts weniger interessierten oder die ihr gar irrelevant erschienen. Der Staat wird gemeinhin nicht mehr als Höhepunkt historischer Entwicklung angenommen, ja möglicherweise sind wir Zeugen seines allmählichen Verschwindens³¹. Wie aber lautet die Frage, die heutzutage sinnvollerweise an das 17. und 18. Jahrhundert gestellt werden kann?

³¹ Wolfgang REINHARD, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 480–536.

Zunächst wird deutlich zu machen sein, daß es nicht mehr die *eine* Frage an diesen Zeitraum gibt, der immer noch häufig als Epoche des Absolutismus bezeichnet wird, daß es nicht mehr ausschließlich das Problem von Politik und Staatlichkeit ist, das uns umtreibt. Pluralisierung ist in dieser Hinsicht nicht nur ein Schlagwort der Gegenwart, sondern macht sich auch ganz konkret in der Auffächerung vielfältiger Problemstellungen bemerkbar. Es drängen sich demnach zahlreiche historische Aspekte auf, ob sie nun im Bereich der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Technik, des Rechts oder eben auch der Politik liegen. Und aufgrund dieser Pluralisierung muß der Begriff des Absolutismus nahezu zwangsläufig zu kurz greifen. Es gilt daher meines Erachtens anzuerkennen, daß der Absolutismus nicht nur als Epochenbegriff ausgedient hat, sondern daß er als analytische Kategorie auch nur für einen bestimmten Ausschnitt historischer Wirklichkeit einsatzfähig ist, insbesondere denjenigen der politischen Theorie und der Verfassungsgeschichte³². »Das historiographische Konstrukt ›Absolutismus‹ ist heute in nicht rekonstruktionsfähiger Weise dekonstruiert, so daß man auf den Begriff verzichten sollte«³³.

Ein vor diesem Hintergrund in der Tat komplexes Problem ist die Suche nach halbwegs verbindlichen Epochenbezeichnungen. Der Epochenbegriff des Absolutismus ist meines Erachtens auch, ja wahrscheinlich vor allem deshalb so zählebig, weil es an echten Alternativen fehlt. Selbst Historikerinnen und Historiker, die sich nicht von ihm verabschieden wollen, teilen die Kritik an einer mehr oder weniger naiven Auffassung vom Absolutismus und müssen zugeben, daß er seine epochenprägende Aussagekraft schon vor längerer Zeit verloren hat. Allerdings treten sie für seine Beibehaltung ein, weil – und dies ist nicht weniger zutreffend – es keine Epochenkonzeptualisierung gibt, die sinnvollerweise an seine Stelle treten könnte.

Im Prinzip stehen hier nur zwei Möglichkeiten offen: Entweder man vervielfältigt die Epochenbezeichnungen nach Bedarf der unterschiedlichen Fragestellungen und Ansätze, so daß sich eine Parallelität wirtschafts-, kultur-, sozial- und politikgeschichtlicher Epochenbezeichnungen ergeben würde, denen noch weitere folgen müßten. Oder es gelingt, ein Kriterium für eine Neukonstruktion epochaler Unterteilungen zu finden, das ausreichend abstrakt ist, um allgemeine Akzeptanz zu finden, zugleich aber auch konkret genug, um entsprechende Epochenumbrüche ausreichend plausibel zu machen. Keine wirkliche Alternative scheint es mir hingegen zu sein, zu dem alten Prinzip zurückzukehren und ein dominierendes Charakteristikum zu identifizieren, das einen bestimmten Zeitraum in seiner Gesamtheit geprägt haben soll, wie eben im Falle des Absolutismus. Dabei scheint mir das Problem der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft mit dem Absolutismus auf eine grundsätzliche Schwierig-

³² Paul MÜNCH, *Das Jahrhundert des Zwiespalts. Deutsche Geschichte 1600–1700*, Stuttgart, Berlin, Köln 1999, S. 103–108.

³³ REINHARD, *Staatsgewalt*, S. 51.

keit zu verweisen. Sie gilt womöglich auch für andere Epochenbezeichnungen, die den gegenwärtigen Auffassungen des historischen Wandlungsprozesses nicht mehr zu entsprechen vermögen und daher unter Umständen einer generellen Revision unterzogen werden müssen.

Aufgrund persönlicher Präferenzen, wie ich gerne bereit bin zuzugeben, halte ich vor allem eine weit gefaßte kulturhistorische Fragestellung für eine Möglichkeit, zu derartigen erneuerten Epocheneinteilungen zu gelangen. Denn aufgrund eines Interesses, das auf die Produktion von Bedeutungsnetzen und die Ausstattung der Außenwelt mit Sinnstrukturen zielt, erscheint mir die kulturhistorische Fragerichtung besonders geeignet, um ein verbindliches gemeinsames Dach auszubilden³⁴. Unabhängig davon, durch welche Spezifika sich die Bereiche Wirtschaft, Technik, Politik oder Gesellschaft auszeichnen, geht es bei ihnen allen immer auch darum, aus der komplexen Vielfalt der Realität eine sinnhafte und dadurch auch erfahrbare Wirklichkeit zu machen. Und eben diese Frage nach historisch sich wandelnden Formen der Wirklichkeit könnte sich möglicherweise als eine tragfähige Basis für die Entwicklung von Epochen-einteilungen herausstellen. Der Nachteil des Absolutismusbegriffs besteht ja genau darin, daß er einseitig auf politische Zusammenhänge verweist und dadurch andere Bereiche des gesellschaftlich-kulturellen Lebens nicht ausreichend zu berücksichtigen in der Lage ist beziehungsweise sie einem politischen Primat unterstellt.

Es ist fraglos verwegen, frühneuzeitliche Policeyordnungen als Grundlage zu verwenden, um auf dieser Basis Kategorien für eine mögliche neue Epochenbestimmung zu erarbeiten. Aber es scheint mir den Versuch wert zu sein, eben solche Maßstäbe auf einer – wenn auch fraglos schmalen – empirischen Materialbasis zu entwickeln, deren Tragfähigkeit sich dann in anderen Zusammenhängen überprüfen läßt. Das einem kulturhistorischen Kontext verpflichtete Kriterium, das ich anlegen möchte, um eine Überprüfung epochaler Einteilungen durchzuführen, zielt, wie gesagt, auf die Konstruktion historischer Wirklichkeiten. Anhand der Policeyordnungen ließe sich bereits deren Auftauchen in den Städten des Spätmittelalters als entsprechender Einschnitt denken, weil dadurch die Notwendigkeit angezeigt wurde, aktiv regulierend in die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse einzugreifen. Vieles, das zuvor offensichtlich als keiner spezifischen Regelung bedürftig erachtet wurde, weil es sich mehr oder weniger von selbst verstand (oder verstehen sollte), mußte nun offenbar expliziten Anweisungen unterworfen werden. Es läßt sich einigermaßen wohlbegründet vermuten, daß es vor allem der Zerfall der mittelalterlichen Sozialordnung war, der es im Spätmittelalter nötig erscheinen ließ, mittels Policeyordnungen aktiv zu werden, weil das strukturbewahrende, auf

³⁴ Achim LANDWEHR, Stefanie STOCKHORST, Einführung in die Europäische Kulturgeschichte, Paderborn u.a. 2004.

Dauerhaftigkeit abzielende und zumeist der Gewohnheit entstammende Recht dieser Situation nicht gewachsen war. Durch Policyordnungen konnte auf spezifische Zeit- und Situationsbedingungen ändernd reagiert werden³⁵.

Für die Diskussion um den Absolutismus ist jedoch ein Blick auf die Policyordnungen der Frühen Neuzeit im engeren Sinn von größerer Bedeutung. Die schwierige Frage nach deren Wirksamkeit einmal beiseite gelassen, lohnt sich ein näherer Blick auf die Begründungszusammenhänge, in denen solche Normen erlassen wurden. Denn dadurch, daß sie nicht einfach nur bestehende Rechtsordnungen festschreiben wollten, sondern ihr Ziel im aktiven Eingreifen in gesellschaftliche Zustände bestand, bedurften Policyordnungen nahezu zwangsläufig einer Begründung. Anhand württembergischer Policyordnungen der Frühen Neuzeit läßt sich feststellen, wie sich diese Begründungszusammenhänge verschoben. Bis in das 17. Jahrhundert hinein wurden die Policyordnungen des Herzogtums Württemberg vor allem durch religiöse Argumente begründet. Es ging jeweils darum, daß der Landesherr als von Gott eingesetzter Fürst die Pflicht hatte, gegen die sich ausbreitende Sündhaftigkeit, Sittenlosigkeit, Kriminalität sowie ähnliche Mißstände vorzugehen. Ein bestimmter gesellschaftlicher Zustand wurde demnach als unhaltbar beanstandet und es wurde festgestellt, daß er sich nicht in Übereinstimmung mit einer das Diesseits und das Jenseits umfassenden Vorstellungswelt befand. Durch den normierenden Eingriff einer Policyordnung sollte in bewahrender Absicht der als ideal gedachte Gleichgewichtszustand wiederhergestellt werden. Untrügliches Zeichen solcher Störungen der universalen Ordnungen waren Viehseuchen, Epidemien, Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen, die als göttliche Strafen für menschliches Fehlverhalten gedeutet wurden und das Eingreifen des Landesherrn erforderten³⁶. Als illustrierendes Beispiel sei aus der Vorrede der württembergischen Landesordnung von 1567 zitiert, in der dieser Zusammenhang klar zum Ausdruck kommt:

Wiewol Wir im eingang Unserer Regierung / dises Unsers Fürstenthumbs / in bedenckung / das alle Regiment / so bestendig bleiben / und in rechtem Wesen erhalten sollen werden / mit rechter / warer / Christenlicher Religion / und guter Policeiordnung geziert / und gefaßt sein müssen / dem Allmechtigen Gott zu Lob / zu Nutz und Wolfart Unserer Landtschafft / auch verhütung allerley Nachtheils / Ubels und Beschwerden / so auß Unordnungen ervolgen /

³⁵ Rolf GRAWERT, Historische Entwicklungslinien des neuzeitlichen Gesetzesrechts, in: Reinhart KOSELLECK (Hg.), Studien zum Beginn der modernen Welt, Stuttgart 1977, S. 218–240; Dietmar WILLOWEIT, Gesetzgebung und Recht im Übergang vom Spätmittelalter zum frühneuzeitlichen Obrigkeitsstaat, in: Okko BEHREND, Christoph LINK (Hg.), Zum römischen und neuzeitlichen Gesetzesbegriff, Göttingen 1987, S. 123–146; Thomas SIMON, Recht und Ordnung in der frühen Neuzeit, in: Rechtshistorisches Journal 13 (1994), S. 372–392; RAEFF, Police state, S. 11–42.

³⁶ Vgl. hierzu beispielsweise Helga SCHNABEL-SCHÜLE, Überwachen und Strafen im Territorialstaat. Bedingungen und Auswirkungen des Systems strafrechtlicher Sanktionen im frühneuzeitlichen Württemberg, Köln, Weimar, Wien 1997.

*unnd erhaltung eines bestendigen / guten Christlichen Regiments / und gemeinen Nutzens / ein gemeine Landtsordnung gemacht / in Truck bringen / und allenthalb öffentlichen publiciren lassen*³⁷.

Im Verlauf des 17. Jahrhunderts verschob sich nun dieses Begründungsmuster zuungunsten der religiösen Argumentation. Um hierbei ein mögliches Mißverständnis gleich von vornherein auszuräumen: Von einer solchen Verschiebung des Begründungszusammenhangs zu sprechen, bedeutet natürlich nicht, daß bereits für das 17. Jahrhundert eine vorzeitige Säkularisierung zu konstatieren wäre. Selbstredend stellte das christliche Weltbild noch immer den unhinterfragten Rahmen sämtlicher Aktivitäten auch und gerade solcher politisch-rechtlicher Natur dar. Aber es kann auf der anderen Seite auch nicht übersehen werden, daß die explizite religiöse Begründung, welche die Wiederherstellung der gottgewollten Weltordnung im Blick hatte, an Bedeutung verlor und in den Hintergrund rückte. Statt dessen wurden nun pragmatisch-wirtschaftliche Gesichtspunkte wichtiger. Der Wohlstand des Landes, der Untertanen und natürlich auch des Landesherrn selbst gewann als Begründung für den Erlass von Policeyordnungen immer größeres Gewicht. Es ging weniger um die Bewahrung eines sozialen, politischen und wirtschaftlichen Status quo, sondern zunehmend um die Förderung der (ökonomischen) »Glückseligkeit« von Land und Leuten.

Wichtig ist allerdings nicht nur, daß die Religion als vorrangiges Begründungselement allmählich an Bedeutung verlor und statt dessen wirtschaftlichen Argumenten Platz machte, sondern mehr noch, daß sich in diesen Begründungen auch das Agens verschob. Wurde bis in das 17. Jahrhundert in Präambeln zu Policeyordnungen noch regelmäßig Gott als bewirkende und in alle Belange eingreifende Instanz genannt, verlor er diese zentrale Rolle im Verlauf des 17. Jahrhunderts. Nun war es nicht mehr Gott, der selbst aktiv wurde, sondern es waren die Menschen, die durch ihr Handeln das Weltgeschehen bestimmten. Ein Beispiel mag auch dies illustrieren: Am 24. Oktober 1614 wurde im Herzogtum Württemberg eine Verordnung erlassen, die sich mit der Teuerung im Land beschäftigte und die den Grund für den allgemeinen Preisanstieg eindeutig verorten konnte: *dieweil diese beschwerliche Tewrung nicht nur aus natürlichen Ursachen, sonder vorderist wegen überhäuffter Sünden, damit der Allmächtige GOtt, von uns Menschen, auß allen Ständen, als seinem Geschöpf, erzürnt, und zu solcher und andern gemeinen Landtplagen höchlich verursacht, ohnzweiffelich herkompt*³⁸. Der Allmächtige ist es also selbst, der in Reaktion auf das sündige Leben der Menschen die Teuerung verursacht hat. Eine Verordnung vom 17. August 1622, die sich mit demsel-

³⁷ Des Fürstenthumbs Württemberg gemeine Landtsordnungen, Stuttgart 1567, Vorrede; REYSCHER, Sammlung, Bd. 12, S. 726.

³⁸ Ibid., S. 631.

ben Sachverhalt zu beschäftigen hatte, zeichnet allerdings schon ein deutlich anderes Bild: *dieweil dises schwehre übel, nicht allein auß gerechttem Zorn deß Allmächtigen Gottes gegen unsern Sünden, sondern auch und schier mehrers auß gar erkalteter Lieb gegen dem Nechsten, sträfflichem Aygennütz, Finantz, Übersatz, Fürkauff, und gleichsamb teuffelischem Geitz, der Wurtzel alles Ungerechters, herraicher*³⁹. Gott ist hier zwar immer noch aktiv, aber *auch und schier mehrers* sind es die Menschen, die durch ihr eigennütziges Verhalten diese Situation verursacht haben. Die Beobachtung, daß die Verantwortung und Verursachung für politische, wirtschaftliche oder moralische Mißstände aus den jenseitigen Höhen einer göttlichen Sphäre in die diesseitigen Niederungen menschlicher Unzulänglichkeit transponiert wird, läßt sich für Policyordnungen des 17. Jahrhunderts flächendeckend machen⁴⁰. Der Blick der Normproduzenten begann sich allmählich von dem zeitlich zurückliegenden Ideal einer prästabilierten Gesellschaft zu lösen, um sich statt dessen einem Gesellschaftskonzept zuzuwenden, das in ganz konkreter Weise beeinflußt, ja geradezu gemacht werden konnte⁴¹. Aber auch in diesem Fall ist hervorzuheben, daß die zurückgehende Erwähnung Gottes nicht für einen säkularen Rationalismus *avant la lettre* spricht. Vielmehr läßt sich an den Policyordnungen eine allmähliche Verschiebung diskursiver Aussagemöglichkeiten beobachten, welche die Option eröffnete, die göttliche Instanz in den Hintergrund rücken zu lassen.

Ähnliches kann auch im Kontext der Diskussion des Policybegriffs in der politischen Theorie des 17. Jahrhunderts beobachtet werden. Wie in nicht wenigen anderen Feldern auch, so zeichnete sich ebenfalls die politiktheoretische Diskussion durch eine teils widersprüchliche Vielfalt aus, in der eine nicht geringfügige Verunsicherung zum Vorschein kam, wie Wirklichkeit überhaupt noch begriffen werden konnte. Einerseits läßt sich für das 17. Jahrhundert eine eher traditionalistische politische Theorie ausmachen, die Positionen des Spätmittelalters und des 16. Jahrhunderts fortführt und der es vor allem um die Einbindung politischen Handelns in normative Vorgaben von Moral und Recht ging. Andererseits läßt sich eine neuere, gegen Ende des 16. Jahrhunderts ihr Haupt erhebende Richtung ausmachen, die eher die Autonomie der Politik gegenüber der Moral betonte. Und es war vor allem diese zweite Richtung, welche die Vorstellungen von »guter Policy« erheblich dynamisierte. Als zentrales politisches Ziel wurde in der politiktheoretischen Literatur nicht mehr einfach nur das störungsfreie Funktionieren des Gemeinwesens formuliert, sondern die Stabilität, Sicherheit und Dauerhaftigkeit dieses Gemeinwesens wurde als Leitperspektive aufgestellt. Das wäre an sich noch keiner gesonder-

³⁹ Ibid., S. 895f.

⁴⁰ LANDWEHR, Policy im Alltag, S. 68–74.

⁴¹ Gerhard SCHUCK, Überlegungen zum Verhältnis von Arbeit und Policy in der Frühen Neuzeit, in: *Ius Commune* 22 (1995), S. 121–150.

ten Erwähnung wert, wenn sich damit nicht ebenfalls der Gedanke der Steigerung und des Wachstums verbunden hätte. Die Macht von Gemeinwesen und Fürsten war nun nicht mehr etwas, das konserviert werden mußte, sondern das vergrößert und vermehrt werden konnte. Es gab keinen präformierten Endzustand mehr, sondern nun wurde Entwicklung als möglich gedacht. Dies führte unter anderem zu einem veränderten Verhältnis von Religion und Politik. Hatte die Religion die Politik bisher normativ angeleitet, so wurde sie nun im veränderten Verständnis des 17. Jahrhunderts zum Instrument der Politik⁴².

Als bedeutsam erweist sich aber vornehmlich eine neue temporale Strukturierung der Diskussion, die dazu führt, daß das Ordnungsziel von *Policey* nicht mehr in einer zeitlich zurückliegenden, prästabilisierten Harmonie zu suchen war, sondern als positives Steuerungsziel in die Zukunft verlegt wurde und damit erst noch erreicht werden mußte. Störungen und Mißbräuche mußten nun nicht mehr einfach beseitigt werden, sondern es galt, dem politischen System einen neuen Ordnungszustand aufzuzwingen⁴³. Die neue Auffassung vom tatsächlichen Machen und nicht mehr einfach nur Bewahren des Gemeinwesens kommt auch in der Metaphorik zum Ausdruck, wie Thomas Simon betont. Vor allem wurden medizinische Metaphern als nicht mehr zutreffend empfunden, da sie von vorgegebenen Strukturen ausgingen, die es vor Krankheiten zu bewahren oder von diesen zu heilen galt.

Genau dies aber, so betont nun selbst ein eher traditionell argumentierender Politiker wie Henning Arnisaeus, unterscheide das medizinische und das politische Tätigkeitsprofil: Im Gegensatz zum *Medicus* nämlich sei der *Politicus* nicht darauf beschränkt, lediglich etwas ihm Vorgegebenes zu erhalten, vielmehr sei letzterer zu einem Großteil auch darauf aus, »*Rempublicam non tantum in statu suo integram conservent, sed etiam novam e fundamentis educant*«, wie er sich dabei wörtlich ausdrückt. Die Sozialordnung erscheint hier als etwas vom Fürsten und *Politico* Konstruiertes, nicht mehr nur als eine vorgegebene Struktur, die im Falle einer Funktionsstörung, eines »Krankheitsfalles« also, auf den ihr anfänglich gegebenen, funktionsgerechten Ordnungszustand zurückgeführt werden muß. Gleichzeitig bewegt sich die Politik im Bilde ihrer Selbstbeschreibung, wie es im 17. Jahrhundert Platz zu greifen begann, in Richtung einer herstellenden Tätigkeit: Das politische System erscheint als das Produkt der Wirksamkeit des *Politici*⁴⁴.

Parallelen hierzu lassen sich bei der für die »gute *Policey*« nicht minder zentralen Diskussion um Gemeinnutz und Eigennutz erkennen. Der »gemeine Nutzen« war kaum weniger als die »gute *Policey*« eine zentrale moralische Kategorie, nach der nicht nur das Allgemeinwohl über dem Wohl des Einzelnen stand, sondern die Verbindung aus beidem zum transzendenten *summum bonum* führte, wodurch Gott als das universale Ziel jedes Einzelnen sowie des

⁴² Thomas SIMON, »Gute *Policey*«. Ordnungsleitbilder und Zielvorstellungen politischen Handelns in der Frühen Neuzeit, Frankfurt a.M. 2004, S. 193–306.

⁴³ *Ibid.*, S. 307f.

⁴⁴ *Ibid.*, S. 315 (Hervorhebung im Original).

gesamten Gemeinwesens definiert wurde⁴⁵. Der Gemeinnutz bezeichnete daher den Kern eines Gesellschaftssystems, das durch die Vorstellung einer stabilen Ordnung und schöpferischen Harmonie geprägt war, in der bestimmte Gruppen bestimmte Funktionen übernahmen. Lange Zeit versuchten die Policyordnungen diesem konservativen Ziel zu dienen, indem sie vor allem auf die Beibehaltung oder Wiederherstellung der Gesellschaftsordnung und ihres Gemeinnutzes zielten. Doch das individuelle Streben nach Reichtum, mithin der Aufstieg des Eigennutzes, war kaum in seine Schranken zu weisen; es konnte vielmehr bereits vereinzelt am Ende des 16. Jahrhundert, spätestens jedoch mit Bernard Mandevilles »Bienenfabel« aus dem Jahr 1705 als Faktor identifiziert werden, der eigentlich für die gesellschaftliche Harmonie verantwortlich war⁴⁶.

Damit sind zunächst ausschließlich Bereiche genannt, die dem weiteren Umfeld von Politik, Recht und Wirtschaft zugehören. Diese Felder müßten fraglos noch um zahlreiche andere erweitert werden, um die These von einer Neukonstruktion sozio-kultureller Wirklichkeit im 17. Jahrhundert plausibel zu machen. Und einige weitere lassen sich auch mühelos anfügen. Eindringlich wurde auf diesen Umstand bereits von Paul Hazard in seinem Buch über die »Krise des europäischen Geistes« hingewiesen, dessen französisches Original 1935 erschien⁴⁷. Hazard sieht – mit einer klaren geistesgeschichtlichen Ausrichtung – die Jahrzehnte um 1700 gekennzeichnet durch neue Formen des »Drängens« und der »Beweglichkeit«, die sich gegen eine allgemeine Beharrung im Denken wandten, durch ein Bekenntnis zur Gegenwart, das sich gegen die überhöhte Wertschätzung der Alten richtete, durch einen Kampf gegen die Orthodoxie sowie durch eine Verneinung des Wunderglaubens und eine Hinwendung zur Rationalität, um hier nur einige der wichtigsten von ihm identifizierten Veränderungen zu benennen. Auch in der Wissenschaftsgeschichte wird seit längerem die sogenannte »wissenschaftliche Revolution« des 17. Jahrhunderts einer neuen Beurteilung unterzogen. Insbesondere durch die soziale und kulturelle Einbettung wissenschaftlicher Vorgänge ergeben sich zahlreiche Hinweise darauf, daß ent-

⁴⁵ Brita ECKERT, Der Gedanke des gemeinen Nutzen in der lutherischen Staatslehre des 16. und 17. Jahrhunderts, Diss. Frankfurt a.M. 1976; Winfried EBERHARD, »Gemeiner Nutzen« als oppositionelle Leitvorstellung im Spätmittelalter, in: Manfred GERWING, Godehard RUPPERT (Hg.), *Renovatio et Reformatio. Wider das Bild vom finsternen Mittelalter*. Festschrift für Ludwig Hödl, Münster 1985, S. 195–214; Winfried EBERHARD, Der Legitimationsbegriff des »gemeinen Nutzens« im Streit zwischen Herrschaft und Genossenschaft im Spätmittelalter, in: Joerg FICHTE, Karl Heinz GÖLLER, Bernhard SCHIMMELPFENNIG (Hg.), *Zusammenhänge, Einflüsse, Wirkungen. Kongreßakten zum ersten Symposium des Mediävistenverbandes in Tübingen 1984*, Berlin, New York 1986, S. 241–254.

⁴⁶ Winfried SCHULZE, Vom Gemeinnutz zum Eigennutz. Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, München 1987.

⁴⁷ Paul HAZARD, *Die Krise des europäischen Geistes 1680–1715*, Hamburg ⁵1965. Vgl. auch Rudolf VIERHAUS, Barock und Absolutismus, in: Klaus GARBER (Hg.), *Europäische Barock-Rezeption*, 2 Bde., Wiesbaden 1991, S. 45–61.

sprechende Veränderungen nicht nur die sich institutionalisierenden Wissenschaften, sondern auch weitere gesellschaftliche Kreise betrafen⁴⁸.

V.

Nachdem im Titel dieses Beitrags die Frage nach der Alternative von Absolutismus oder Policey aufgeworfen wurde, stellt sich abschließend heraus, daß die Antwort »weder...noch« lauten muß. Will man die Frage des Epochenbegriffs »Absolutismus« ernsthaft angehen, sind meines Erachtens gänzlich andere Wege zu beschreiten, die nicht mit Absolutismus, aber auch nicht mit »guter Policey« (oder Barock oder ähnlichen Vorschlägen) zu meistern sind.

Statt mit einem alles überwölbenden Absolutismus haben wir es in diesem Zeitraum viel eher mit dem allmählichen Übergang des Einflusses auf die weltlichen Geschehnisse von Gott auf die Menschen sowie mit der sich wandelnden Auffassung der Welt von etwas Gegebenem zu etwas Machbarem zu tun. Demjenigen Strang der politischen Theorie, der zutreffenderweise als Absolutismus bezeichnet wird, wächst dadurch ein anderer, sich in einen größeren kulturhistorischen Kontext einordnender Stellenwert zu. Sollte sich die These auf weiteren empirischen Feldern bestätigen lassen, daß im Verlauf des 17. Jahrhunderts die Wahrnehmung der gesellschaftlich-kulturellen Wirklichkeit einem grundlegenden Wandel unterworfen wurde, der »Welt« nicht mehr als etwas passiv Hinzunehmendes, sondern als etwas aktiv zu Gestaltendes konzeptualisierte, dann ließe sich die Theorie des Absolutismus hier möglicherweise gut einordnen. Sie wäre für Fragen der politischen Theorie die entsprechende Antwort auf Problemlagen, die sich im 17. Jahrhundert ganz offensichtlich in zahlreichen Lebensbereichen stellten und für welche die etablierten Antworten als nicht mehr ausreichend empfunden wurden.

Dann ließen sich beispielsweise ohne größere Schwierigkeiten Verbindungen herstellen zwischen Thomas Hobbes als einem der wichtigsten Theoretiker des Absolutismus und seinem zeitweiligen Sekretär William Petty, einem der Väter der politischen Arithmetik⁴⁹. Denn Petty sah die Welt aus voneinander unabhängigen Einheiten zusammengesetzt, die keine präformierte Verbindung untereinander aufwiesen. Kausale Zusammenhänge zwischen den einzelnen Elementen waren seiner Meinung nach nicht naturgegeben, sondern das Werk menschlicher Anstrengungen. Ähnlich wie Thomas Hobbes in der politischen Philosophie von einem Kampf aller gegen alle ausging, sah Petty den

⁴⁸ Steven SHAPIN, *Die wissenschaftliche Revolution*, Frankfurt a.M. 1998.

⁴⁹ Mohammed RASSEM, Justin STAGL (Hg.), *Geschichte der Staatsbeschreibung*. Ausgewählte Quellentexte 1456–1813, Berlin 1994, S. 285–293.

Nutzen von Quantifizierung und Mathematisierung sozialer und demographischer Verhältnisse darin, daß sie frei von Konflikten und Kontroversen eingesetzt werden konnten⁵⁰.

Dabei sah Petty Quantifizierung und Mathematisierung explizit als Hilfsmittel an, mit denen eine soziale Ordnung überhaupt erst hervorgebracht werden konnte. Er ging sogar davon aus, daß die Gesellschaft – insbesondere nach Erfahrungen, wie sie England während des 17. Jahrhunderts gemacht hatte – von Grund auf neu geordnet werden mußte und daß die politische Arithmetik dafür die Blaupausen zur Verfügung stellen konnte. Diese Wissenschaft war nach seinem Dafürhalten deshalb für jede Obrigkeit unentbehrlich, weil sich unterschiedliche wirtschaftliche Ressourcenverteilungen innerhalb von Gesellschaften und – damit einhergehend – soziale Konflikte zwischen Arm und Reich nicht verhindern ließen. Petty berief sich nicht mehr auf mittelalterliche Gesellschaftsvorstellungen, die Hierarchien als gottgegeben darstellten, und konnte auch nicht von einer »unsichtbaren Hand« sich selbst regulierender Wirtschaftssysteme ausgehen. Vor diesem Hintergrund vertrat Petty die Überzeugung, daß sich Gesellschaften gezielt aufbauen und remodellieren ließen. Während nämlich die natürlichen Körper ein Werk der Natur seien, müsse der soziale Körper als ein Werk der Menschen gelten. Mit den Methoden und Ergebnissen der politischen Arithmetik sollte es den Obrigkeiten möglich gemacht werden, Gesellschaften neu zu gestalten⁵¹.

Was Hobbes und Petty mit vielen anderen für das spätere 17. und 18. Jahrhundert charakteristischen Personen, Ereignissen und Entwicklungen verbindet, dürfte somit weniger ein wie auch immer gearteter Absolutismus sein, als das Vertrauen in die Machbarkeit von Wirklichkeit.

⁵⁰ Jacques DUPAQUIER, Michel DUPAQUIER, *Histoire de la démographie. La statistique de la population des origines à 1914*, Paris 1985, S. 129–153; Andrea A. RUSNOCK, *Vital accounts. Quantifying health and population in eighteenth-century England and France*, Cambridge 2002, S. 15–39.

⁵¹ Peter BUCK, *Seventeenth-century political arithmetic: civic strife and vital statistics*, in: *Isis* 68 (1977), S. 67–84, 73–80; Juri MYKKÄNEN, »To methodize and to regulate them«: William Petty's governmental science of statistics, in: *History of Human Sciences* 7 (1994), S. 65–88.

Résumé français

L'article aborde des problèmes spécifiques du concept de l'absolutisme et se propose d'évaluer des alternatives – notamment celle de la »bonne police« (gute Policey) qui, pendant ces dernières années, a particulièrement attiré l'attention des modernistes. Il souligne que toute tentative d'établir, de façon globale, une »signature« de l'histoire européenne des XVII^e et XVIII^e siècles, est problématique et se heurte à la pluralisation des approches qui caractérise l'état actuel de la recherche historique. Il ne paraît donc pas utile de remplacer le concept traditionnel de l'absolutisme par celui de la »bonne police«.

Dans une seconde partie, cette contribution démontre que, s'il est vrai qu'au niveau des discours juridico-politiques on peut identifier des argumentations »absolutistes«, il paraît tout de même nécessaire de les analyser dans un contexte culturel plus large. Cette contextualisation permet de comprendre les discours »absolutistes« comme faisant partie d'une évolution culturelle générale dans le cadre de laquelle la réalité sociale est de moins en moins comprise comme un ordre préétabli que les autorités politiques doivent préserver, pour être de plus en plus conceptualisé comme un ordre créé par la politique. L'élément nouveau caractérisant les discours politico-juridiques des XVII^e et XVIII^e siècles consisterait donc dans une nouvelle confiance en la faisabilité de la réalité sociale.